



Bundesministerium  
für Wohnen, Stadtentwicklung  
und Bauwesen

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 10117 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Canan Bayram  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Ihre Frage 5/28 für die Fragestunde des Deutschen Bundes-  
tages am 18.05.2022**

**Sören Bartol, MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär

Krausenstraße 17-18  
10117 Berlin

Postanschrift  
11014 Berlin

Tel. +49 30 18 681-0

[PSTB@bmwsb.bund.de](mailto:PSTB@bmwsb.bund.de)

[www.bmwsb.bund.de](http://www.bmwsb.bund.de)

Berlin, 18. Mai 2022

Sehr geehrte Frau Kollegin,

zu der von Ihnen gestellten Frage übersende ich die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

*Sören Bartol*

Sören Bartol

**Fragestunde im Deutschen Bundestag am 18. Mai 2022**  
**Frage 28 der Abgeordneten Canan Bayram**

---

Frage:

*Hält die Bundesregierung das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, durch den Bau von 400.000 Wohnungen pro Jahr der Knappheit an bezahlbarem Wohnraum entgegenzutreten, angesichts der in den letzten Monaten extrem gestiegenen Baupreise noch für realistisch ([www.focus.de/immobilien/bauen/holz-stahl-beton-baustoffe-bis-zu-77-prozent-teurerer-baupreise-steigen-so-stark-wie-noch-nie\\_id\\_51811113.html](http://www.focus.de/immobilien/bauen/holz-stahl-beton-baustoffe-bis-zu-77-prozent-teurerer-baupreise-steigen-so-stark-wie-noch-nie_id_51811113.html))?*

Antwort:

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, jährlich 400.000 neue Wohnungen und davon 100.000 öffentlich geförderte zu bauen.

Damit das erreicht werden kann, braucht es die Unterstützung aller wichtigen Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das geht nicht allein. Daher haben wir diese zur Mitarbeit im neuen Bündnis bezahlbarer Wohnraum eingeladen, das sich am 27. April 2022 konstituiert hat. 35 Bündnis-Mitglieder, darunter auch die Vertreterinnen und Vertreter der Bau- und Immobilienwirtschaft, haben mit einer Bündnis-Erklärung zum Auftakt ihre Unterstützung für die Neubauziele signalisiert. Bis Herbst wollen wir Vorschläge für Maßnahmen erarbeiten, mit denen wir das ambitionierte Ziel erreichen können.

Dabei wissen alle Beteiligten um die schwierigen wirtschaftlichen Folgen der Covid-19 Pandemie und des russischen Angriffskriegs in der Ukraine auf die Entwicklung der Baukosten und die Probleme bei den Lieferketten. Dennoch halte ich es für richtig, an den Zielen festzuhalten.

Wir müssen gemeinschaftlich schauen, wie die Rahmenbedingungen verbessert werden können, um diese zu erreichen.

Dazu gehören verlässliche investive Impulse der öffentlichen Hand, damit die Immobilienwirtschaft ihre Investitionsentscheidungen auf einer sicheren Basis fällen kann. Ferner werden wir schauen, wie sich Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen lassen, oder wie wir das notwendige Bauland mobilisieren.

Es braucht aber auch das Engagement der Bauwirtschaft, nach Alternativen bei den Baustoffen zu suchen, wenn diese derzeit gar nicht oder nur zu überhöhten Preisen zu bekommen sind. Gleichzeitig müssen sie die notwendigen Kapazitäten bei den Fachkräften aufbauen.

Wir haben auf die stark gestiegenen Baupreise bereits im März mit einem Erlass reagiert: Damit wird bei Bauverträgen des Bundes in der gegenwärtigen Krisensituation die Anwendung der Stoffpreisgleitklausel ermöglicht. Von dem Erlass geht eine hohe Vorbildwirkung für Länder und Kommunen aus, die teilweise schon entsprechende Regelungen erlassen haben.